



Protokollauszug

Sitzung	Rat der Stadt Norderney
Status:	öffentlich
Datum	07.11.2017

TOP 9. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt

Der Bericht des Bürgermeisters ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

BG Wehlage stellt fest, dass einige Nachbarinseln die Änderung des § 22 BauGB in ihren Satzungen umgesetzt hätten. Auf Norderney sei dies nicht möglich. Er fragt, warum Norderney glaube, schlauer als die Nachbarinseln zu sein. BM Ulrichs meint, dass alle Beteiligten zunächst Erfahrungen mit dem geänderten Passus machen müssten. Es müsse diskutiert werden, welche Änderungen für die Kommune und die betroffenen Eigentümer daraus folgten. Der Gesetzgeber wolle Dauer- und Ferienwohnraum schützen. Die Bildung von Zweitwohnungen solle verhindert werden. In der Kommune werde überlegt, wie man Einheimischen die Bildung von Eigentum/Dauerwohnraum ohne die Gründung von Gesellschaften ermöglichen könne.

BG Wehlage fragt, ob es nicht sinnvoll sei, diese Diskussion öffentlich zu führen. RM Moroni meint, dass man das Ziel der Gesetzesänderung auch anders erreichen könne, nämlich über die Eintragung von beschränkt persönlichen Dienstbarkeiten bzw. Baulasten. 2. stellv. BM Ennen warnt davor, das Gegenteil von dem zu erreichen, was beabsichtigt sei. BM Ulrichs meint, dass der § 22 BauGB kein „Allheilmittel“ sei, sondern nur eine von vielen Möglichkeiten. BG Wehlage gibt zu bedenken, dass der § 22 BauGB auf Wunsch der Inseln geändert worden sei, nachdem man sich über Planspiele die Auswirkungen bewusst gemacht habe. Ausnahmen für Norderney halte er nicht für zielführend. RM Aldegarmann plädiert dafür, dass der Rat sich Zeit für dieses Thema nehmen solle. 1. stellv. BM Padberg meint, dass man nicht die eigene Bevölkerung benachteiligen solle, wenn es andere Möglichkeiten gebe. Mehrere Ratsmitglieder sprechen sich für eine öffentliche Behandlung der Angelegenheit aus.